

Suhl, 13.04.2011

PRESSEMITTEILUNG

Kommunale Selbstverwaltung, Abfallwirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz gehören zusammen

Die Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld besuchte am Montag den Suhler Stadtbetrieb und diskutierte mit dem Geschäftsführer Jörn Dahnert aktuelle Fragen.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Stadtbetrieb und Bauhof, welche Synergieeffekte sind zu erwarten und hat es positive Auswirkungen für Bürgerinnen und Bürger? Wie wird es mit den Gemeindearbeitern weitergehen und welche Möglichkeiten ergeben sich aus der Bürgerarbeit für die Ortsteile? Nicht zuletzt: Welche Auswirkungen wird das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz für die Kommunen und Bürger haben?

Der Reihe nach:

Die Zusammenarbeit von Stadtbetrieb und Bauhof hat erste Ergebnisse gebracht, so z.B. die Möglichkeit des Kaufs und der Einlagerung von 1500 t Salz für den Winterdienst und damit eine drastische Einsparung von Kosten für die Anschaffung in Vorbereitung auf den Winter. Durch die Zusammenlegung der beiden Werkstätten können zahlreiche Synergieeffekte erzielt und die Flexibilität erhöht werden. Das betrifft u.a. die gemeinsame Nutzung von Maschinen und Geräten, was auch die Notwendigkeit von Neuanschaffungen einschränkt. Auch der Einsatz der Mitarbeiter kann flexibler gestaltet werden.

Der Einsatz der Gemeindearbeiter wurde neu geordnet. So sind 3 Gemeindearbeiter für jeweils zwei Ortsteile zuständig, Goldlauter und Vesser verfügen nach wie vor über einen jeweils eigenen Gemeindearbeiter. Besonders interessierte sich Leukefeld über die Umsetzung des Projektes der Bürgerarbeit in diesem Bereich. Erfreut nahm sie zur Kenntnis, dass inzwischen 8 Bürgerarbeiter für Goldlauter und 6 für Vesser bewilligt wurden. Darüber hinaus werden den 3 Gemeindarbeitern jeweils 2 Bürgerarbeiter zugeordnet, so dass sie in die Lage versetzt werden, selbstständig in ihren Ortsteilen zu agieren. 3 weitere Bürgerarbeiter werden über das Gartenamt beschäftigt.

Kritisch, so Herr Dahnert, sei dagegen das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz zu betrachten. Zwar behielten die Kommunen die Entsorgungspflicht, verlören jedoch das Recht zu bestimmen, wer sich welche Abfälle aneignen darf. Das Gesetz wird private Entsorger auf den Plan rufen, die sich durch die enormen Preissteigerungen bei den Rohstoffen eine goldene Nase verdienen, die Kommunen auf der anderen Seite zu Gebührenerhöhungen zwingen.

Die Landtagsabgeordnete äußert sich besorgt über den weiteren Schritt hin zu Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen sollte befördert werden, weil sie nachhaltig wirkt und mit den so gewonnenen Einnahmen den Bürgern zu Gute kommt.